

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1904**

575 (10.12.1904) Mittagsblatt

**Ausgabe:**  
Wöchentlich zwölf mal.  
Abonnementspreis:  
Vierteljährlich:  
in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 80 Pf.,  
in das Haus gebracht: 3 Mark,  
durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 80 Pf.  
Vorausbezahlung.

**Sprechstunde der Redaktion:**  
Bism. 1/10—1/11 Uhr  
Nachm. 1/5—1/6 Uhr  
Telephonanschluß Nr. 400.

# Badische Landeszeitung

mit Badischem Museum und Verlosungsliste.

**Anzeigegebühren:**  
Die einseitige Kolonelle ober deren Raum 15 Pf., für answärtige Inserate 20 Pf., Restangabe 60 Pf.

**Inseraten-Annahme** in der Geschäftsstelle der „Badischen Landeszeitung“, Karlsruhe i. S. Friedrichstr. 3 (Telephonanschluß Nr. 401), sowie in allen benannten Annoncen-Expeditionen.

Nr. 575

63. Jahrgang.

Karlsruhe, Samstag, 10. Dezember 1904.

63. Jahrgang.

Wittagsblatt

## Das Zentrum als Retter der Volksrechte.

In der Presse und in Versammlungen der Zentrumsparlei wird schon seit Monaten, ganz besonders aber in den letzten Tagen eine Darstellung über das Zustandekommen der Verfassungsreform gegeben, die von unserer Seite nicht unwidersprochen bleiben darf. Unter den Männern, welche sich an der zu durchsichtigen Zwecken unternommenen Regenbildung betätigen, soll vor allem Graf v. Bodmann genannt werden, weil er zugleich als derjenige gefeiert wird und sich feiern läßt, der sich das größte Verdienst an dem schließlich glücklichen Ergebnis der langen und schwierigen Verhandlungen erworben hat, weil aber auch die Sprache, welche der Herr Graf bei seinen Ausführungen gegenüber der Nationalliberalen Partei zu führen beliebt, gerade im Hinblick auf die Person des Redners herabgehoben zu werden verdient. Seine Rede in einer jüngst in Koblentz abgehaltenen Versammlung, dann aber namentlich ein Artikel, welchen der „Bad. Beob.“ in seiner Nr. 276 unter der Überschrift „der Volksrat des Zentrums“ gebracht hat, sollen zur Grundlage des Folgenden genommen werden. Graf v. Bodmann hat nach der Nr. 271 des „Bad. Beob.“ in Koblentz ausgeführt, die Liberalen würden an einer Bagatelle das Wahlreformwerk haben scheitern lassen, um so ein Loch zu bekommen, aus dem sie ihrer Klemme entkommen könnten; durch das Nachgeben der Ersten Kammer in diesem Punkt — ein solches Nachgeben hatten die Liberalen nicht erwartet — sei aber ihre Absicht vereitelt und das direkte Wahlrecht gerettet worden. Der bereits erwähnte Artikel begründet sodann in ausführlicher Weise den gleichen Standpunkt. Um die Glaubwürdigkeit der Darstellung zu erhöhen, werden private Mitteilungen, auch solche „sehr hochstehender Personen“, Momentbilder aus den Kommissionssitzungen, Produkte Lumberlandscher Kunst des Gedankenlesens mit hineingemischt; Wahrheit und Dichtung fließen zu einem harmonisch scheinenden Bild zusammen. Da wird behauptet, das Zentrum habe das direkte Wahlrecht stets ernstlich gewollt, um es nicht für sich, sondern für das ganze Volk zu erkämpfen, während die Nationalliberalen Partei die Frage stets vom Standpunkt des Parteivorteils behandelt habe. Darum sei die Zentrumsparlei bis an die äußerste Grenze des Möglichen gegangen und habe selbstlos in beiden Kammern an dem Gelingen der Reform gearbeitet; die Nationalliberalen dagegen hätten aus eigennützigen Gründen Hindernisse auf Hindernisse bereitet, um das Werk nicht zustande kommen zu lassen; aber unter der Führung des edlen Grafen v. Bodmann habe die Erste Kammer durch ihre Staatsklugheit die bösen Absichten der Nationalliberalen vereitelt und sich nicht zum nationalliberalen Sinnboden gemacht; es wäre für die Nationalliberalen zu herrlich gewesen, auf die Funken und Wunder in der Ersten Kammer zu schimpfen und die Frucht des Falles der Vorlage zu ernten.

Wie sind wir doch schlechte Menschen, wir Nationalliberalen in Baden! Das Zentrum will uns — denn wir gehören doch auch zum „ganzen Volk“ — das direkte Wahlrecht erkämpfen, und in dieser ganz uneigennütigen Arbeit haben wir das volkfreundliche Zentrum fördern wollen. Und merkwürdig, in Bayern ist auch wieder das Zentrum gerade so uneigennützig und will nicht für sich, sondern dem ganzen Volke das direkte Wahlrecht erkämpfen und verdrückt sich zu diesem Zwecke mit der dort ebenso selbstlosen Sozialdemokratie gegen die vereinigten Liberalen. Auch in Bayern sind diese so schlecht, dem volkfreundlichen Beginnen des Zentrums entgegenzutreten, indem sie eigennützig die Einführung des Proportionalwahlrechts erstreben, welches nun wiederum dem Zentrum nicht genehm ist. Also scheint es fast, als ob ohne Rücksicht auf die Landesgrenzen die Eigennützigkeit eine Eigenschaft der Nationalliberalen, die Selbstlosigkeit die Eigenschaft des Zentrums überhaupt wäre. Ganz recht so! Auch im Deutschen Reichstag finden wir das bestätigt. Auch die unbeschränkte Zulassung der Jesuiten fordert das Zentrum ja auch nicht für sich, sondern für das ganze Volk. In Bayern wie in Baden sind die Nationalliberalen im Grunde ihres Herzens Gegner des direkten Wahlrechts, haben sich nur um einer Volksforderung nicht entgegenzutreten zu müssen zum Schein die Forderung angeeignet, aber allezeit einen Vorwand gefunden, um sie nicht zur Erfüllung kommen zu lassen. So sagt das selbstlose

Zentrum, das für das ganze Volk, nicht für sich das direkte Wahlrecht eingeführt sehen will. Also muß es wahr sein.

Freilich will's nun gerade der Zufall, daß die Nachteile, welche die eigennützigen Nationalliberalen aus der Einführung des direkten Wahlrechts für sich fürchten, ebenso viele Vorteile für die Zentrumsparlei bedeuten würden. Der Schaden dort und der Nutzen hier für die Partei bedenklich. Aber das selbstlose Zentrum denkt nicht an diesen Nutzen, wenn es so eifrig von seinem Schaden spricht. Die Rechte weiß nicht was die Linke tut. Wir halten indessen das Zentrum für klüger, als es selbst erkennen will. Wir wären daher wohl in der Lage, den Vorwurf, der unausgeseht gegen unsere Haltung zur Wahlrechtsfrage vorgebracht wird, zurückzugeben und frei und offen zu erklären: Die ganze Bewegung im Zentrum mit der Forderung nach dem direkten Wahlrecht war einzig und allein von dem Gedanken eingegeben und geleitet, daß dieses Wahlsystem dem Parteizwecken nützlich sei. Dieser Gedanke war im Zentrum ganz und gar beherrschend.

Die Stellung aber, welche die Nationalliberalen Partei in dieser Angelegenheit zu verschiedenen Zeiten eingenommen hat, liegt für Jedermann erkennbar klar am Tage; die Gründe, welche dafür maßgebend waren, nicht minder. Sie ist auf ihrer Landesversammlung vom Oktober 1900 für das direkte Wahlrecht eingetreten, ohne die bis dahin gemachten Versuche, den Bedenkllichkeiten gegen diese Neuerung, welche auf Seiten der Großen Regierung und in der Ersten Kammer vorhanden waren, teilweise entgegenzutreten, fortzusetzen. Demgemäß zeichne die Fraktion der Zweiten Kammer alsbald nach Zusammen-treten des Landtages 1901/02 einen Initiativantrag ein und stimmte einhellig einem Kommissionsantrag zu, der auf diesem wie auf den in der gleichen Richtung liegenden Anträgen der anderen Parteien aufgebaut war. Zu diesem war u. a. von einer Reorganisation der Ersten Kammer im Sinne einer stärkeren Vertretung der Interessen der wirtschaftlichen Korporationen die Rede, nicht aber von einer Verschiebung der bisher beiden Kammern zugehörigen Berechtigungen. Es lag kein Anlaß dazu vor, weil auch die dem Landtage 1899/1900 vorgelegte Denkschrift der Großen Regierung von einer solchen Verschiebung nichts erwähnt, der Vertreter der damaligen Regierung sogar Nebenher hiergegen geäußert hatte. Als aber dem entgegen in der Sitzung vom 4. Juni 1902 von Seiten der anderen vertretenen Regierung angeordnet wurde, daß die in Aussicht gestellte Regierungsvorlage u. a. auch eine neue Regelung und Erweiterung der Befugnisse der Ersten Kammer zur Mitwirkung in allen die Finanzen betreffenden Angelegenheiten vorschlagen werde, da wurde von allen Parteien der Zweiten Kammer hiergegen Widerpruch erhoben. Der damalige Führer der Zentrumsparlei erklärte, gegenüber dem Ansuchen der Ersten Kammer größere, namentlich budgetrechtliche Befugnisse einzuräumen, müsse sich die Partei absolut ablehnend verhalten. Mit Entschiedenheit hatte schon vorher der Abg. Wilckens ausgesprochen, daß seine Partei sich keinesfalls auf eine Erweiterung des Budgetrechts der Ersten Kammer einlassen werde. Der dem jüngsten Landtage vorgelegte Entwurf zur Verfassungsreform ging nun aber in der Erweiterung der Rechte der Ersten Kammer in Bezug auf die Finanzen betreffenden Vorlagen sogar noch weit über das hinaus, was der Minister des Innern am 4. Juni 1902 angedeutet hatte. Damals war gesagt, an eine völlige Gleichstellung beider Kammern könne man nicht denken. Der Entwurf indessen enthielt ein die Berechtigungen der Zweiten Kammer überwiegendes Recht der Ersten Kammer. Nach den Vorgängen vom 4. Juni 1902 war sich die Regierung wohl vollkommen klar, daß auf diesem Boden eine Einigung mit der Zweiten Kammer nicht zu erreichen sei. Auch an eine Zustimmung der Zentrumsparlei konnte sie noch nicht denken.

Wenn wir nun im Fortgang der Geschichtserzählung auch an die Widerlegung der Darstellung, wie wir sie in dem Artikel „der Volksrat des Zentrums“ finden, herangehen, so können wir nicht ganz umgehen, auch von Einzelvorkommnissen in den Sitzungen der Verfassungskommission und außerhalb dieser zu sprechen, weil das auch in dem genannten Artikel geschehen ist. Wir werden aber darin nur soweit gehen, als durch den nächsten Zweck dieser ganzen Ausführungen geboten ist.

Die Entwidlung der unten folgenden Beratungen

und Verhandlungen war reich an Ueberraschungen. Die Führung war von Anfang an und blieb durch alle Stadien hindurch bei der nationalliberalen Fraktion, die in hochfreudlicher Geschlossenheit und in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Landesversammlung vom Oktober 1900 offen und zielbewußt die einmal eingenommene Haltung bis ans Ende beibehielt. Ihr entschiedener Wille war: Durchführung des Reformwerkes, Einführung des direkten Wahlrechts für die Abgeordneten zur Zweiten Kammer, Ausbau der Ersten Kammer in Zahl und Art ihrer Mitglieder, aber Beibehaltung der wesentlichen Teile der seit Einführung der Verfassung bestehenden Vorrechte der Zweiten Kammer in Finanzangelegenheiten. Die Konsequenz und Festigkeit der nationalliberalen Fraktion fand die Anerkennung der linksstehenden Fraktionen, sodah im großen und ganzen ein Zusammengehen mit dieser stattfand.

Eine Sonderrolle spielte nur das Zentrum! Schon in der ersten Kommissionsberatung trat deutlich zutage, daß das selbstlose Zentrum die Vermehrung seiner Mandate in der Zweiten Kammer zur Hauptaufgabe des ganzen Reformwerkes machte. Während die Nationalliberalen und die ganze Linke als bedenklichsten Punkt der Regierungsvorlage die Einräumung des Budgetrechts an die Erste Kammer bezeichneten, legte das Zentrum das Hauptgewicht auf eine möglichst hohe Zahl ländlicher Wahlkreise. Es wurde von dieser Seite wiederholt mit größter Entschiedenheit erklärt, daß ihre Zustimmung zur Vorlage nur dann zu erlangen sei, wenn in dieser Richtung ihren Wünschen Rechnung getragen werde. Das Zentrum wollte also in seiner Selbstlosigkeit so weit gehen, seinem alten Wunsch nach Einführung des direkten Wahlrechts die Erfüllung selbst abzusprechen — wenn — ja wenn sich nicht eine Aussicht auf mehr ländliche Wahlkreise bot; denn je mehr ländliche Wahlkreise, desto mehr Aussichten für die Zentrumsparlei auf eine vermehrte Zahl von Abgeordneten. Wenn das nicht durch eine entsprechende Erhöhung der Gesamtzahl der Abgeordneten durchgeführt werden könne, dann müßten die sogenannten Privilegien der Städte fallen, d. h. es müßte auch diejenigen Städte, welche bisher Wahlkreise für sich gebildet hatten, so z. B. Konstanz, Lörrach mit Stetten, Lahr, Offenburg, Baden-Baden, Kallstadt, Durlach, Bruchsal mit den übrigen Gemeinden in Wahlkreise aufgeteilt werden. Diesen Standpunkt hielt das Zentrum so lange fest, bis durch eine Erhöhung der Zahl der Abgeordneten von 70 auf 73 seinen Wünschen wenigstens zum größten Teil Rechnung getragen war. Daß das Zentrum die Frage des Budgetrechts nicht für wichtig genug hielt, um an ihr das Werk scheitern zu lassen, und daß nur die Taktik gebot, hier zunächst Schritt für Schritt den Vorschlägen der nationalliberalen Fraktion zu folgen, war von Anfang an kein Geheimnis. So erklärt sich, daß zwar in den im Fortgang der Arbeiten gefassten Beschlüssen der Kommission und in den verschiedenen Verlautbarungen derselben in der Presse hierüber Einmütigkeit an den Tag gelegt wurde, während in der Tat in der Beurteilung der Budgetfrage zwischen den Nationalliberalen mit den linksstehenden Parteien einerseits und dem Zentrum andererseits eine große Verschiedenheit bestand.

Erst Anfang Juli schien es dem Zentrum klug, mit seinen wahren Absichten in dieser Frage offen hervorzutreten, es erklärte in der Verfassungskommission, daß es an der Budgetfrage das Werk nicht scheitern lassen werde, vielmehr bereit sei, den Beschlüssen der Ersten Kammer beizutreten, damit also das bisherige Vorrecht der Zweiten Kammer in allen wesentlichen Beziehungen zu beseitigen und die Rechte beider Kammern gleich zu gestalten.

Es war nämlich aus der damaligen Lage die Befürchtung gerechtfertigt, daß das Reformwerk an der Nichtübereinstimmung beider Kammern scheitern werde, und daß die Regierung die Beschlüsse der Ersten Kammer, welche denjenigen der Zweiten Kammer entgegengesetzt waren, billige. In Uebereinstimmung mit seiner Haltung während des ganzen Landtages wollte daher das Zentrum der Regierung wenigstens zeigen, daß sie am Zentrum einen stets bereiten Helfer in aller Art finden könne

## Eine alleinstehende Frau.

Novelle von Agnes Graf in Klintowström.

Ich ging zu Landin, als ich ihn eines Tages allein auf seinem Zimmer wußte, und sagte ihm fast, daß ich alles wisse und von ihm eine Aenderung seines Benehmens erwarte, oder ihn verlassen werde. Er antwortete mit empörendem Cynismus, daß er mir nie etwas in den Weg legen werde, wenn ich meinen Privatvergnügungen nachginge, jedoch von mir die gleiche Toleranz erwarte. Uebrigens seien keine Abweisungen, wie er sie sich erlaube, kein Trennungsgrund.

Dennoch würde ich auf eine Trennung bestanden haben, wenn meine Mutter, welche den ganzen Winter gekrankelt hatte, nicht mit jedem Tage elender, und eine Reise mit ihr unmöglich geworden wäre. Der Arzt besuchte sie täglich, und er war so ziemlich der einzige Mensch, den ich in jener Zeit sah.

Landin benutzte die Zeit gut, um die Meinung der Menschen gegen mich und zu Gunsten seiner zu stimmen. Durch halbe Andeutung, ein hier und da hingeworfenes Wort, erregte er den Verdacht, ich lebe nur deshalb so zurückgezogen, um in der Verborgenheit ein Freundschaftsverhältnis mit unserm Hausarzt zu kultivieren, welches weit entfernt sei, einen harmlosen Charakter zu tragen, und er selbst suchte nur außer dem Hause Zerstreuung, um häuslichen Mißständen zu entgehen.

Die Gesellschaft, immer bereit, den Mann zu entschuldigen und auf die Frau den Stein zu werfen, bemühtigte sich eifrig dieses erstauflüchtigen, plötzlich hier und da auftauchenden Gerüchtes, trug dasselbe weiter und vergrößerte es. Es kam auch mir zu Ohren. Ich hatte nur ein verächtliches Lächeln zur Antwort; ich hielt es nicht der Mühe wert, eine Rüge zu bekämpfen, die so vollständig jeder Begründung entbehre.

Von Landin sah ich in jener Zeit wenig, fast gar nichts. Er weckte in Gesellschaft der Marchesa in Monte Carlo und spielte, und er spielte mit Anglist; denn er hatte jetzt niemals Geld und sah oft verfürzt und aufgeregt aus. Meine Mutter starb im Frühling. Ich war sassunglos vor Schmerz; es war mir, als hätte ich den letzten Halt im Leben verloren. Niemand hatte Mitleid mit mir. Man hatte mich nur, wenn ich auf der Straße erschien, lächelte, flüsterle sich etwas zu. Ich war ja auch nicht besser als

die andere, hatte mir aber den Anschein gegeben, es zu sein, das glaubte man mir nicht verzeihen zu können.

Bald nach dem traurigen Ereignis machte ich meinem Gatten den Vorschlag, uns auf friedlichen Wege zu trennen. Er sollte den größten Teil der Revenuen behalten, ich wollte nur seine Einwilligung, in die Heimat zurückzukehren und in meinem väterlichen Hause leben zu dürfen.

Er teilte mir mit, daß er das Haus bereits verkauft habe. Mehr und mehr zog er mir den Boden unter den Füßen fort.

Ich verlangte von ihm eine Klarlegung unserer Verhältnisse und der Art, wie er mein Vermögen angelegt. Darauf erhielt ich ungenügende Antwort, nur so viel wurde mir klar, daß der größte Teil desselben bereits in Rauch aufgegangen, der Rest in eine Spekulation verwickelt war, deren Wüßlingen unsere Existenz in Frage stellte.

Als ich mich an einen Rechtsanwalt wandte, suchte derselbe die Aheln und sagte, daß das Gesetz zufolge unseres Ehevertrages meinem Gatten die freie Bestimmung über mein Vermögen gestatte.

Es geschah, wie ich erwartete. Die Spekulation schlug fehl. Landin sagte mir nichts davon. Er raste nur zusammen, was an Geldeswert im Hause war, und ging damit nach Monte Carlo. Was dort vorfiel, das habe ich nie erfahren, ich weiß nur soviel, daß Landin auf und davon ging, ohne mir ein Wort zu hinterlassen, und daß ich ohne Mittel in Nizza schutzlos und allein blieb. Er war so heimlich und rasch davongegangen, daß seine nächsten Bekannten nicht einmal wußten, wohin er sich gewendet habe. Das Gerücht, daß er falsch gespielt und mit einer größeren Summe flüchtig sei, tauchte auf, wurde aber unterdrückt, wie ich hörte, auf Veranlassung seines Bruders, welcher telegraphisch in Kenntnis gesetzt, sofort ebenfalls telegraphisch jede Summe bewilligte, welche nötig sei, um der Familie einen Standal zu ersparen.

Um mich kümmerte sich niemand. Landins Verwandte ignorierten meine Existenz. Es waren ehrenwerte Leute ohne Zweifel; denn sie hatten sich von meinem Manne längst losgelöst und wollten denken, daß ich aus ähnlichem Dolz geschmitten war wie er.

Das Haus wurde mir genommen, die Möbel beinahe unter den Händen fortgeholt. Ich hatte kein anderes Ayl, als dieses

Häuschen hier, welches mir schon vor meiner Verheiratung einmal als Schenkung zugefallen, aber damals so verwaht und durch seine Lage so wertlos war, daß niemand daran hatte denken können, Kapital daraus zu schlagen. Hierher wandte ich mich.

Ich war in dieser Stadt ganz fremd und durfte hoffen, still und unbehelligt leben zu können, aber ich war ganz arm.

Zu Zufall begegnete ich dem Professor Ende, welcher sich meiner aus unserer gemeinschaftlich verlebten Kindheit erinnerte. Jung, energisch und im Vollbesitz meiner Kräfte wollte ich arbeiten und wieder emporkommen. Der Professor verschaffte mir Arbeit.

Ich nähte für Geld, schrieb für verschiedene Zeitungen und besorgte Korrekturen. Verschiedene Damen begannen, sich für mich, die Alleinstehende, zu interessieren. Man besuchte mich, verlangte Einblicke in die kleinsten Details meines ärmlichen Haushaltes und glaubte ein Recht zu haben, zu verlangen, daß ich denselben nach einer gewissen mustergetreuen Vorschrift einrichte; man wollte mich in einen Verein aufnehmen und meine Lektüre einer Kontrolle unterwerfen.

Ich feste all diesen Bestrebungen passiven Widerstand entgegen. Erbittert und trotzig wehrte ich alle Annäherungsversuche der Welt von mir ab, verschloß meine Ausgabebücher und weit entfernt, mich abends, wenn ich den Tag über gearbeitet hatte, in einem Verein einzufinden, war es meine Erlöfung, mit dem Professor an meinem eigenen Kammin zu sitzen, und im Gespräch mit ihm den Wissensdurst meiner ver schmachteten Seele zu stillen.

Der Professor hatte Freude an meiner Freude. Er brachte mir Bücher, die zu scharfen Nachdenken anregten, und hier und da auch einen seiner Freunde, die gleich ihm nicht zu stolz waren, von dem Reichtum ihres Wissens einer armen Frau ein Scherlein mitzutheilen. Eine meiner Gönnerinnen fand eines Tages Schopenhauers „Parerga“ auf meinem Tisch. Sie schrie beinahe auf vor Entsetzen, schlug die Hände über den Kopf zusammen und fragte, wer mir das Buch gebracht.

Ich machte kein Geht daraus.

Sie verlangte von mir, ich müsse den Verkehr mit solchen Männern aufgeben, ohnehin sei derselbe für eine alleinstehende Frau nicht schicklich.

(Fortsetzung folgt.)

wenn sie nur zugreifen wollte, während die bösen Nationalliberalen auch in dieser Frage wieder ganz ihre eigenen Wege gingen. Die Früchte aus diesem erst eronnenen Spiel sollten gegessen werden, wenn die Zweite Kammer die Beschlüsse der Ersten Kammer umwerfen und damit das ganze Werk zu Fall gebracht hätte. Wie schön war das auszumalen: Die Nationalliberale Partei ihrer Rolle als Stütze der Regierung entsetzt, in offenem Widerstreit mit der Regierung als die Totengräberin des direkten Wahlrechts. Das Zentrum aber, ein seit 30 Jahren selbstloser Förderer des direkten Wahlrechts und nun Seite an Seite mit der Regierung als verständnisvoller Verteidiger der Regierungsabsichten. Was alles ließ sich erst draußen bei der Agitation daraus machen! Welch schöne Hoffnungen auf eine bessere Zukunft hatten sich da auf einmal eröffnet!

Nachdem so die Willfährigkeit des Zentrums der Regierung offenbar war, konnten seine Angehörigen ja aber wieder gut mit den anderen Parteien zusammenstimmen und also in zweiter Lesung nach den Anträgen der Nationalliberalen mit beschließen helfen, daß entgegen den Beschlüssen der Ersten Kammer in Bezug auf das Budget und das Finanzgesetz das Wesentlichste an dem Vorrecht der Zweiten Kammer bleiben solle. Wenn dann die Erste Kammer und die Regierung dem nicht beitreten wollten, so war das Zentrum unschuldig an der Lage. Seine Führer hatten die Partei der Regierung bestens empfohlen und doch hatten auch sie die Volksrechte zu wahren getrebt — denn man hatte ja in der Kommission mit den übrigen Parteien gestimmt!

Nun trat die unerwartete Wendung ein! So schreibt der „Abd. Beob.“: Herr v. Brauer reiste in das Hoflager des Großherzogs und erwirkte von diesem die Zustimmung zu den neuen Kommissionsbeschlüssen der Zweiten Kammer. Die Erklärung des Ministers hierüber eröffnete eine neue Aussicht auf die Annahme dieser Beschlüsse auch in der Ersten Kammer, die denn auch am 13. Juni erfolgte. Die Nationalliberalen und die linksstehenden Parteien waren gerechtfertigt; ihre feste Haltung hatte den Sieg davongetragen. Das Zentrum aber hatte das Spiel verloren. Der Verräter über die eigene verfehlte Taktik ist begreiflich. Drum wollen wir auch weiter nicht über nehmen, wenn die Herren dieser Empfindung Lust machen, und nur wo man Entstellung wahrer Tatsachen und eine verleumdende Unterstreichung von christlichen Beweggründen unseres Vorgehens versucht wird, da treten wir entgegen.

(Schluß folgt im Nebenblatt.)

### Deutscher Reichstag.

Berlin, 9. Dez.

#### 1. Lesung des Etats. (Fortsetzung.)

Staatssekretär v. Stengel erklärte auf eine Anfrage, die Ermüdung der Reichsverwaltung über die Heranziehung der Ribbentrop'schen noch nicht abgeschlossen. Was das Südtirolgesetz betreffe, so würden gewisse Härten Abhilfe erfahren. Positive Vorschläge zur Vermehrung der Reichseinnahmen könnten erst erfolgen, wenn die hauptsächlichsten Handelsverträge ins Leben getreten seien und sich die Erträge des Tarifs genauer übersehen ließen. Die schonende Rücksichtnahme auf die wirtschaftlich Schwachen bei der Neugestaltung der Reichseinnahmen sei selbstverständlich. Der Vorschlag, Preußen solle die zwei Millionen Matricularbeiträge der kleinen Bundesstaaten aus seiner Tasche decken, sei kaum ernst zu nehmen, jene Staaten kämen ja dann in ein finanzielles Abhängigkeitsverhältnis zu Preußen, und die übrigen Staaten würden einer solchen Verfassungsänderung schwer zustimmen. Die Matricularbeiträge werden in ihrer bisherigen Form weiterbestehen. Das die Vorschläge bezüglich der Umänderung der Matricularbeiträge betriffen, so käme man bei einzelnen Staaten nicht mit Matricularbeiträgen überlasten; sonst würden sie an ihren Kulturarbeiten sparen und notwendige öffentliche Bauten zurückstellen müssen; taufende keine Leute müßten um ihre Beschäftigung kommen. Auf diesem Wege kann man also um die Notwendigkeit der Bewilligung neuer Einnahmequellen für das Reich nicht herumkommen.

Abg. Graf Stolberg (kons.): In der Debatte ist die Tätigkeit des Oberbefehlshabers v. Moltke erwähnt worden; nach meiner Ansicht ist das eine rein interne, preussische Angelegenheit. Ich möchte namens der Konservativen erklären, daß wir mit dem übereinstimmen, was der Abgeordnete Stöckmann hierüber gesagt hat. Wenn Bebel sagte, Rußland sei finanziell und militärisch ruiniert und käme in absehbarer Zeit keinen Krieg gegen uns führen, so hoffe und wünsche ich, daß wir niemals mit Rußland Krieg führen, denn ein solcher Krieg wäre ein großes Unglück und außerdem eine bewußte Torheit. Rußland hat noch nicht den dritten Teil seiner Armee mobilisiert. In der Befragung von Port Arthur sehe man, was die russische Armee leiste. Wir dürfen unsere Sicherheit nicht gründen auf eine Spekulation auf die Schwäche unserer Nachbarn. Redner befürwortet die Vermehrung der Kavallerie und sagt über die Unzulänglichkeit der Entschädigung des platten Landes für Quartierleistungen und Furchäden. Die Aufhebung und Vermehrung der Unteroffiziere sei dringend nötig; er hoffe, daß die Heeresgesetze vom Reichstage mit großer Mehrheit angenommen würden.

Abg. v. Bollmar (Soz.): Wer die letzte Rede des Staatssekretärs gelesen hatte, könnte denken, sie sei von einem Redner der äußersten Opposition gehalten. Man könnte fast Bedauern haben mit dem Staatssekretär, der aus einem leiblich qualifizierten Hause in eine heillosen Schuldenmaderei geraten sei. Mit der pessimistischen Haltung gegenüber den Erträgen aus den Handelsverträgen habe der Staatssekretär Recht. Es bleibt also nichts übrig, als eine gründliche neue Steuerbelastung. Das Wort von der Schonung der wirtschaftlich Schwachen sei nicht mehr wahr. Der Bevölkerung würde nach dem Verständnis Spahns die Lebensmittel verteuert, die Vorbehalte der Witwen- und Waisenversorgung und die Aufhebung der städtischen Oktrois seien nicht ernst gemeint. Die herrschenden Klassen überließen neidlos den Bedürftigen das Zahlen. Die Militärvorlage sei zwecklos, da Rußland jetzt auf lange Jahre lahmgelagert sei und in Frankreich die Friedensgedanken Jaurès gegen die Neuwände an Boden gewinnen. Schließlich werde man mit einer Flottenforderung kommen. Der Reichskanzler scheine verzagt gegenüber der Sozialdemokratie. Die Art der Scharfmacher gegen die Sozialdemokratie sei gefährlich. Der Reichskanzler sei ein formgewandter Diplomat, aber kein Staatsmann. Die Sozialdemokratie wolle keinen Krieg, auch nicht mit Rußland. Wer man habe gesagt, eine russische Invasion könne Deutschland von der Welt der Sozialdemokratie befreien. Wir verlangen eine wahre Neutralität in Ostasien ohne Vierung von Kriegsvorrat. Man übe die eingebürgerte Untertänigkeit gegen Rußland, die Sozialdemokratie wünsche aber den Umsturz der bestehenden Ordnung in Rußland im Einklang mit dem ganzen gebildeten Europa. Redner bespricht noch den Königsberger Prozeß, den Devisenwechsel des Präsidialrats Koopfer mit dem Kaiser und anderes mehr.

Reichskanzler Graf Bülow: Herr v. Bollmar meinte, ich hätte am vergangenen Montag in verzerrter Weise gesprochen. So leicht ärgere ich mich nicht. (Heiterkeit.) Ich halte mich an den Rat, den einmal der selbige Feldmarschall Wrangel seinem Adjutanten gab, als dieser ihn fragte, ob er, der Feldmarschall, sich bei einer Befestigung, die nicht besonders gegangen war, geirrt hätte. Darauf erwiderte ihm der alte Feldmarschall: Mein Sohn, sagte er zu ihm, ich ärgere mich so selten wie möglich. (Zuruf: Wie! Große Heiterkeit.) Nun hat Herr v. Bollmar weiter gemeint, ich hätte die sozialdemokratische Partei herausgefordert. Mich wundert, daß selbst ein so hervorragender Intellekt, wie der Abg. v. Bollmar ist, glaubt, in Vergeßlichkeit bringen zu können, daß das Herausfordern auf der ganzen Linie doch bisher die Sache der Sozialdemokraten war. (Sehr wohl!) Die Sozialdemokraten trüben beständig die heftigsten Angriffe gegen die Regierung, gegen die Minister, gegen den Staat, gegen Gott und alle Welt. Das sollen wir ruhig herunterzuschlucken. Sobald aber jemand etwas sagt, was der Sozialdemokratie nicht gefällt, so wird sie empfindlich. (Lärm der Sozialdemokraten.) Das gibt uns einen schönen Vorschlag von der Meinungsfreiheit, die in der sozialdemokratischen Zukunftordnung besteht wird. (Lärm der Sozialdemokraten.) Vorläufig sind wir aber noch nicht so weit, daß wir den Rückentopf abgeben haben, auf dem man herumtanzt. Die Sozialdemokratie aber soll das Pfändchen „Mittelmäßigkeit“ sein. Ich habe ebenso gut das Recht, meine Meinung zu äußern, wie Sie, ich werde mich daran nicht verhindern lassen. Wenn aber der Abg. v. Bollmar mit weiter Vorhaltungen gemacht hat, über meinen Ton und die Tonart, deren ich mich Ihnen gegenüber bediene, so habe ich hier und da selbst in der mit wohlwollender Presse gelesen, ich sei zu höflich gewesen, zu lebenswichtig, ich bediene mich zu verbaler Formen; ich möchte doch einmal recht groß werden, denn das gefalle den Deutschen. (Heiterkeit.) Ich fürchte, daß ich

es auf diesem Gebiete doch nicht mit gewissen Leuten aufnehmen könnte. Es entbehrt aber doch nicht einer gewissen Plauterie, daß der Abg. v. Bollmar mir meine Tonart vorwirft in demselben Augenblick, wo mir ein Artikel unterbreitet wurde, der in einem gewissen, Herrn v. Bollmar, ich will nicht sagen, nahestehenden Blatte, aber doch in einem Blatte seiner Partei erschienen ist und in dem wörtlich steht: „Die konservativen Wegelagerer (große Heiterkeit rechts), die Zentrumsräuber (türnische Heiterkeit im Zentrum und rechts), die nationalliberalen Jesuiten (schallende Heiterkeit im ganzen Hause) und als der oberste Pfaffenstiel Eugen Richter.“ (Heiterkeit.) Der Abg. Richter, von dem neulich der Abg. v. Kardorff gesagt hat, daß wir ihn zu unser aller Bedauern nicht auf seinem Plage sehen und von dem wir alle hoffen, daß er bald wieder genesen. (Lebhafte Beifall.) „Der parlamentarische Stolz“ (der Reichskanzler verneigt sich zu Herrn v. Kardorff) ich bitte um Entschuldigung — Herr v. Kardorff (türnische Heiterkeit), der beschäftigungslose Adokat und Streber Wassermann (schallende Heiterkeit), gab zum ersten Male in seinem Leben einen juristischen Kommentar heraus.“ Der Reichskanzler liest weiter in dem Heiterkeitssturm des Hauses. Es heißt dann: „Schamlose Vubenstücke, brutale Offenbarkeit dieses Parlamentes, das was eine Saubere über die Befassung hereintrug und niederkampfte, was im Wege lag.“ Nachdem sich das Haus mißsam von seinem Lachen erholt hatte, kann der Reichskanzler weiter sprechen. Die Ausführungen v. Bollmars über unser Verhältnis zu Rußland charakterisierten sich als die in Deutschland heimische Art, sich in fremde Hände zu mischen. In Fragen der auswärtigen Politik entscheiden nicht Gefühlsregungen und Fraktionsneigungen. Es sei anzuerkennen, daß unsere große Presse, von der „Neuzeitung“ angefangen bis zur „Frankfurter Zeitung“, dem ostasiatischen Kriege gegenüber anerkennenswerte Ruhe und Besonnenheit geleiht habe. Das Gleiche ließe sich nicht von unserer Wispresse sagen, die wie zur Zeit des Burenkrieges, die Unfälle des einen Gegners mit Hohn und Spott verfolgte. Heute müsse die Nation die Fenster begahnen, die ihre Presse einwerfe. Das Gefühl der Verantwortung für ausländische Politik müsse uns mehr benutz werden. (Beifall.) Wie weit sei Bollmar maßgebend, wenn er sage, kein Mensch denke an den Krieg gegen Rußland. Je mehr man gegen Rußland zu Felde ziehe, desto mehr müsse er sich um Rußlands Frieden und Freundschaft bemühen. Angriffe auf fremde Völker seien immer vom Uebel. Man solle doch bedenken, daß Worten schließlich Taten folgen müßten. (Zustimmung.) Der Königsberger Prozeß habe jedenfalls bewiesen, daß die Sozialdemokratie mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die russische Regierung arbeite. Bollmar habe für seine Partei Patriotismus reklamiert. Wenn er fortfahre, werde er sich vielleicht noch zu einem deutschen Jaurès entwickeln. (Heiterkeit.) In seinem Lande treibe die Sozialdemokratie es so lärmend gegen Rußland, wie bei uns. Es sei ein Märchen, daß wir an Rußland durch einen Vertrag gebunden seien, wie es der „Vorwärts“ behaupte. Ich bin nicht unerschrocken, aber halten Sie mich für einen so tolosalen Ochsen? (Große Heiterkeit.) Die große Mehrheit des Hauses glaubt nicht an das Märchen. Nun soll nach Bollmar die Lage so friedlich sein, daß die Heeresvermehrung unnötig sei. Man hat allerdings keinen Grund, an der Unrichtigkeit der Friedensversicherungen der Großmächte zu zweifeln. Richtig ist, daß sich die Allianzen immer mehr und mehr als Instrumente des Friedens bewährt haben. So der Dreibund, aber auch das französisch-russische Bündnis und offensichtlich wird sich auch ein französisch-englische Annäherung zu entwickeln. Man verfolge nicht, daß ein schwaches Deutschland die Nachbarn zum Kriege reizen würde zur offenkundigen Gefahr für Europa. (Bravo!)

Abg. Dr. Spahn (Cent.) ist bezüglich des Königsberger Prozesses nicht mit allen Schlußfolgerungen des Reichskanzlers einverstanden, auch die Erklärungen bezüglich der Dänen seien nicht befriedigend. Abg. Stöcker (wirtsch. Ver.) tritt für eine Reichseinkommensteuer ein. Die auswärtige Politik solle mehr mit Rußland als mit England gehen. Die Sozialdemokratie solle durch Vereinigung der Sozialisten mit dem Sozialismus überwinden werden. Abg. v. Gerlach (fr. Ver.) bespricht den Deffauer und den Königsberger Prozeß.

Nun 1/6 Uhr wurde die Weiterberatung auf morgen 1 Uhr verlagert.

### Aus der Residenz.

Karlstraße, 10. Dez.

— **Antizität des 30. Geburtstages des Großherzogs** beabsichtigt der Stadtrat, im September 1906 eine Landesfeier hier zu veranstalten. Der Oberbürgermeister wurde bevollmächtigt, hierwegen mit der Großh. Regierung ins Benehmen zu treten. Zur Bildung eines Fonds für die Feier werden in den nächstjährigen Haushaltsplan 50 000 M. eingestellt.

— **Die nächste Bürgerausschuß-Sitzung** findet am Donnerstag, den 15. Dezember d. J., nachmittags halb 4 Uhr, im großen Rathsaal statt. Die Tagesordnung lautet:

1. Bestellung eines Erbbaurechts an städtischem Gelände im Bannwald. 2. Vertrag mit der „Karlshafen Schiffahrts-Gesellschaft m. b. H.“ 3. Statutarische Bestimmung über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. 4. Einrichtung eines Fischhandelsmarktes. 5. Abänderung der Verbrauchssteuerordnung. 6. Bestellung der Philippstraße zwischen Kaiser-allee und Göttestraße. 7. Erlaßung von Dispositionen über den Erwerb von Straßen- und Kanalverteilungskosten. 8. Abänderung der Satzungen der Mittelschulen. 9. Abänderung der Satzungen der städtischen Spar- und Pfandkassas.

Vor der Sitzung — von 3 bis halb 4 Uhr — findet die Wahl eines Stellvertreters für den mit Tod abgestorbenen Stadtverordneten Privatmann Friedrich Heintz statt.

— **Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.** Auf Grund der mit der Großh. Staatsbehörde gepflogenen Verhandlungen wurde vom Stadtrat beschloffen, nimmend folgende neue statutarische Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe dem Bürgerausschuß zur Zustimmung vorzuschlagen:

- § 1. Gehten, Lehrlinge und Arbeiter dürfen im Handelsgewerbe an Sonn- und Festtagen — sofern an diesen Tagen eine Beschäftigung derselben überhaupt zulässig ist und vorbehaltlich der von der Polizeibehörde zu gestattenden Ausnahmen — in den Monaten Mai bis einschließlich September nur in den Stunden von 11 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags und in den übrigen Monaten nur in den Stunden von 11 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags beschäftigt werden.

§ 2. Diese statutarische Bestimmung ist, nachdem sie die Staatsgenehmigung erhalten, abends zu verkünden und tritt mit Beginn des zweiten Sonntags nach dem Tage in Kraft, an welchem die Verkündung im „Karlshafen Tagblatt“ stattgefunden hat. Vom gleichen Zeitpunkt an treten die statutarischen Bestimmungen vom 15. August 1903 außer Wirksamkeit.

— **Die Erweiterung der Sonntagsruhe** des in den Bedürfnissen der angestellten Personals ist von der Großh. Staatsbehörde auf Grund des § 105 a der Gewerbe-Ordnung in Aussicht genommen.

— **Stadtrat contra „Volksfreund“.** Im „Volksfreund“ ist Klage darüber geführt, daß ein „Arbeiter“, der wegen wunder Fische in das Krankenhaus eingewiesen werden mußte, auf der Rangliste des Armenrats unehrenhaft als Landstreicher behandelt und gräßlich beschimpft worden sei, sowie, daß er dort seine auf 1 M. und einige Fennige sich beläufige Paraphrase, abgeben von den Fremigen, habe ablesen müssen. Der Beamte, der die Verhandlungen mit dem Arbeiter geführt hat, betrittet unzufrieden, denselben beschimpft oder sonst grob angefallen zu haben; ebenso betrittet er, daß der Arbeiter nach Entlassung aus dem Krankenhaus eine Unterstutzung zur Weiterreise verlangt habe. Der Arbeiter ist nach den gemachten Erhebungen betraut: 1 mal wegen erschwerter Sachbeschädigung, 2 mal wegen Landstreicherei, 18 mal wegen Bettels und 6 mal wegen Bettels und Landstreicherei. Dreimal war er im Arbeitshause, und zwar einmal 6 Monate, einmal 12 Monate und einmal 15 Monate. Im Arbeitshause erhielt er auch Disziplinarstrafen. Es ist hieraus zu entnehmen, welcher Wert den Aussagen des Mannes zugemessen werden kann. Der Stadtrat beschloß, gegen den „Volksfreund“ Strafverlangen wegen Verleumdung zu stellen.

— **Eine Schülerfeier** soll Anfangs Mai n. J. aus Anlaß des 100jährigen Todestages Schillers in der Festhalle von der Stadtgemeinde veranstaltet werden. Die Festkommission wurde

von Stadtrat mit der Ausarbeitung eines Programms und der Vorbereitung der Feier beauftragt.

— **Neue städtische Turnhalle.** Für die Schützenstr. und Bahnhofstr. Schule wird die Erstellung einer Turnhalle auf dem Grundstück Bahnhofstr. Nr. 22 wegen Unzulänglichkeit des bisher als Turnhalle benutzten ehemaligen Verkaufgebäudes erforderlich. Dieselbe wird nach einem Kostenschlag des städtischen Hochbauamts einen Kostenaufwand von 36 000 M. verursachen. Die Anforderung dieser Mittel beim Bürgerausschuß soll gelegentlich der wegen Erstellung zweier weiterer Volksschulhäuser (im Stadtteil Mühlburg und an der Göttestraße) demnächst einzubringenden Vorlage erfolgen.

— **Straßenbahn nach Welsch- und Teutsch-Neureuth.** Ein Anzahl Einwohner von Teutsch-Neureuth sind bei dem Oberbürgermeister mündlich darum vorstellig geworden, daß die städt. Straßenbahn nach Welsch- und Teutsch-Neureuth verlängert werde. Der Stadtrat vermag jedoch dieser Forderung erst näher zu treten, wenn feststeht, in welcher Weise die Bahnlinie Graben-Mühlburger Tor-Hauptbahnhof zufolge der Verlegung des Personenbahnhofs umgelegt wird.

### Antizität Nachrichten.

Dem Ober- und Geheimen Regierungsrat Dr. v. Michels in Strahburg wurde das Kommandeurkreuz II. Klasse des Ordens vom Fahlinger Löwen verliehen. Revisionsinspektor Ernst Kuhn in Vörsach wurde nach Baden-Baden versetzt.

### Gerichtsverhandlungen.

Berlin, 10. Dez. In dem Prozeß gegen den Grafen Potulidi Balowski und Genossen wegen umfangreicher Kredit-swindeleien wurde die Angeklagte Margarete Balowski zu einem, Lydia Balowski zu zwei, Huber zu einem Jahre und Erdmann zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Stettin, 10. Dez. Das Marinegericht sprach den Helzer Stahlberg von der „Amazone“ von der Anklage eines tötlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten frei, weil er in berechtigter Notwehr die Mißhandlung des Maschinenmeisters Mayer abwehrte. Letzterer wurde wegen Mißhandlung zu 4 Wochen Mittelhaft verurteilt.

### Handel, Gewerbe und Verkehr.

Mannheim, 9. Dez. 1.55 N. Getreidemarkt. Der Markt war ruhig bei unveränderten Preisen — Die Notierungen sind: 70 kg Bahia Blanca Semanco Russo — M. 78 kg Rosario Santa Fé — M. 9 Pud 20 Ulka 137.50 M., 9 Pud 25 Ulka 139. — M. 9 Pud 80 Ulka 141.50 M., 9 Pud 35 144. — M. 10 Pud Ulka 147.50 M., 10 Pud 5 Asow-Weizen — M. Rumän. Weizen 80 kg 152. — M. Nordrussischer Roggen 9 Pud 15/20 kg 114. — M. Südruddischer Roggen 9 Pud 15/20 kg 114. — M. russische Futtergerste 90 kg 61 kg 98. — M. Gelber La Plata-Mais Iyer terms — M. Amor. Mixed-Mais 98. — M. Nord-russ. Hafer je nach Qualität 103—116 M., Alles per 1000 kg cif Rotterdam.

Magdeburg, 9. Dez. 2.30 N. Zuckerbericht. Kornzucker exel. 88 Proz. ohne Sack 14. — 14.20 M. Nachprodukt exel. 75 Proz. ohne Sack 12.10—12.35 M. Fest. Brodrassnade I ohne Fass 24. — 24.25. Gemahlene Raffinade mit Sack 23.95 — — — — — Gemahl. Molis mit Sack 23.45 — — — — — Kristallzucker I mit Sack 23.95—24.07. Fest. Rohzucker I. Produkt: per Dezember 29. — M., 29.30 B., — bez., per Januar 29.40 G., 29.50 B. — — — — — bz., per Februar 29.20 G., 29.60 B. — — — — — per Mai 29.75 G., 29.85 B. — — — — — bz., per August 30.05 G., 30.10 B. — — — — — bz., per Oktober-Dez. 22.65 G. 22.75 B. Fest.

Hamburg, 9. Dez. Kaffee good average Santos, per Dez. 38. — — — — — per März 38 1/2, per Mai 39 1/2, per Juli — — — — — per Sept. 40. Stet.

Rotterdam, 9. Dez. Zinn Banka prompt fl. 79 1/2. Glasgow, 9. Dez. (Roheisen) (Schluss) Mixed numbers warrants — — — — — Middlesborough 47.4 1/2.

London, 9. Dez. (Metall-Börse.)

Kupfer: Tend.	Stet.	Blei: Tendenz	Schluss
p. Kassa	65 1/2	spanisch	12 1/2
3 Mon.	65 1/2	englisch	13 1/2
Zinn: Tendenz	Stet.	Zink: Tendenz	ruhig
p. Kassa	132 —	gewöhnl.	25 1/2
3 Monat	129 1/2	spezial	25 1/2

Die Preussische Zentral-Bodenkredit-Aktiengesellschaft legt, wie aus dem Inseratenteil ersichtlich ist, von ihrer 3 1/2-prozentigen 1896er Kommunalanleihe einen weiteren Betrag von 10 000 000 M. am Donnerstag, den 15. zur Subskription auf. Dieser Anleihe dienen als Deckung Darlehne, welche die Gesellschaft an Kreise, Städte, Gemeinden und andere Körperschaften des öffentlichen Rechts gewährt hat. Der gesetzlich Bestimmung gemäß gehören die Kommunal-Obligationen deshalb in Preussen zu den Mündelpapieren und können demzufolge zu mündelmässiger Kapitalanlage in allen Fällen verwendet werden. Bis zum 30. November er. waren im ganzen 87 047 000 M. Kommunal-Obligationen im Umlauf, denen 97 274 788 M. erworbene Kommunal-Darlehne gegenüber standen. Die Tilgung der Anleihe erfolgt im Wege jährlich stattfindender Auslosungen zum Nennwert, die 1906 beginnen. Bis dahin ist die Anleihe unkündbar. Die Obligationen sind eingeteilt in Abschnitte zu 5000, 3000, 1000, 500, 200 und 100 M. und mit Zinsscheinen per 1. April und 1. Oktober versehen, deren Einlösung stets schon 14 Tage vor Fälligkeit bei sämtlichen Zahlstellen erfolgt. Der Zeichnungspreis ist auf 98 1/2 Proz. festgesetzt, während der Börsenkurs in den letzten Tagen 99 Proz. notierte. Es ist freigestellt, die Stücke in der Zeit vom 28. d. M. bis 31. Januar 1905 in beliebigen Beträgen abzuziehen.

Die Preussische Zentral-Bodenkredit-Aktiengesellschaft legt, wie aus dem Inseratenteil ersichtlich ist, von ihrer 3 1/2-prozentigen 1896er Kommunalanleihe einen weiteren Betrag von 10 000 000 M. am Donnerstag, den 15. zur Subskription auf. Dieser Anleihe dienen als Deckung Darlehne, welche die Gesellschaft an Kreise, Städte, Gemeinden und andere Körperschaften des öffentlichen Rechts gewährt hat. Der gesetzlich Bestimmung gemäß gehören die Kommunal-Obligationen deshalb in Preussen zu den Mündelpapieren und können demzufolge zu mündelmässiger Kapitalanlage in allen Fällen verwendet werden. Bis zum 30. November er. waren im ganzen 87 047 000 M. Kommunal-Obligationen im Umlauf, denen 97 274 788 M. erworbene Kommunal-Darlehne gegenüber standen. Die Tilgung der Anleihe erfolgt im Wege jährlich stattfindender Auslosungen zum Nennwert, die 1906 beginnen. Bis dahin ist die Anleihe unkündbar. Die Obligationen sind eingeteilt in Abschnitte zu 5000, 3000, 1000, 500, 200 und 100 M. und mit Zinsscheinen per 1. April und 1. Oktober versehen, deren Einlösung stets schon 14 Tage vor Fälligkeit bei sämtlichen Zahlstellen erfolgt. Der Zeichnungspreis ist auf 98 1/2 Proz. festgesetzt, während der Börsenkurs in den letzten Tagen 99 Proz. notierte. Es ist freigestellt, die Stücke in der Zeit vom 28. d. M. bis 31. Januar 1905 in beliebigen Beträgen abzuziehen.

Die Preussische Zentral-Bodenkredit-Aktiengesellschaft legt, wie aus dem Inseratenteil ersichtlich ist, von ihrer 3 1/2-prozentigen 1896er Kommunalanleihe einen weiteren Betrag von 10 000 000 M. am Donnerstag, den 15. zur Subskription auf. Dieser Anleihe dienen als Deckung Darlehne, welche die Gesellschaft an Kreise, Städte, Gemeinden und andere Körperschaften des öffentlichen Rechts gewährt hat. Der gesetzlich Bestimmung gemäß gehören die Kommunal-Obligationen deshalb in Preussen zu den Mündelpapieren und können demzufolge zu mündelmässiger Kapitalanlage in allen Fällen verwendet werden. Bis zum 30. November er. waren im ganzen 87 047 000 M. Kommunal-Obligationen im Umlauf, denen 97 274 788 M. erworbene Kommunal-Darlehne gegenüber standen. Die Tilgung der Anleihe erfolgt im Wege jährlich stattfindender Auslosungen zum Nennwert, die 1906 beginnen. Bis dahin ist die Anleihe unkündbar. Die Obligationen sind eingeteilt in Abschnitte zu 5000, 3000, 1000, 500, 200 und 100 M. und mit Zinsscheinen per 1. April und 1. Oktober versehen, deren Einlösung stets schon 14 Tage vor Fälligkeit bei sämtlichen Zahlstellen erfolgt. Der Zeichnungspreis ist auf 98 1/2 Proz. festgesetzt, während der Börsenkurs in den letzten Tagen 99 Proz. notierte. Es ist freigestellt, die Stücke in der Zeit vom 28. d. M. bis 31. Januar 1905 in beliebigen Beträgen abzuziehen.

Die Preussische Zentral-Bodenkredit-Aktiengesellschaft legt, wie aus dem Inseratenteil ersichtlich ist, von ihrer 3 1/2-prozentigen 1896er Kommunalanleihe einen weiteren Betrag von 10 000 000 M. am Donnerstag, den 15. zur Subskription auf. Dieser Anleihe dienen als Deckung Darlehne, welche die Gesellschaft an Kreise, Städte, Gemeinden und andere Körperschaften des öffentlichen Rechts gewährt hat. Der gesetzlich Bestimmung gemäß gehören die Kommunal-Obligationen deshalb in Preussen zu den Mündelpapieren und können demzufolge zu mündelmässiger Kapitalanlage in allen Fällen verwendet werden. Bis zum 30. November er. waren im ganzen 87 047 000 M. Kommunal-Obligationen im Umlauf, denen 97 274 788 M. erworbene Kommunal-Darlehne gegenüber standen. Die Tilgung der Anleihe erfolgt im Wege jährlich stattfindender Auslosungen zum Nennwert, die 1906 beginnen. Bis dahin ist die Anleihe unkündbar. Die Obligationen sind eingeteilt in Abschnitte zu 5000, 3000, 1000, 500, 200 und 100 M. und mit Zinsscheinen per 1. April und 1. Oktober versehen, deren Einlösung stets schon 14 Tage vor Fälligkeit bei sämtlichen Zahlstellen erfolgt. Der Zeichnungspreis ist auf 98 1/2 Proz. festgesetzt, während der Börsenkurs in den letzten Tagen 99 Proz. notierte. Es ist freigestellt, die Stücke in der Zeit vom 28. d. M. bis 31. Januar 1905 in beliebigen Beträgen abzuziehen.

Die Preussische Zentral-Bodenkredit-Aktiengesellschaft legt, wie aus dem Inseratenteil ersichtlich ist, von ihrer 3 1/2-prozentigen 1896er Kommunalanleihe einen weiteren Betrag von 10 000 000 M. am Donnerstag, den 15. zur Subskription auf. Dieser Anleihe dienen als Deckung Darlehne, welche die Gesellschaft an Kreise, Städte, Gemeinden und andere Körperschaften des öffentlichen Rechts gewährt hat. Der gesetzlich Bestimmung gemäß gehören die Kommunal-Obligationen deshalb in Preussen zu den Mündelpapieren und können demzufolge zu mündelmässiger Kapitalanlage in allen Fällen verwendet werden. Bis zum 30. November er. waren im ganzen 87 047 000 M. Kommunal-Obligationen im Umlauf, denen 97 274 788 M. erworbene Kommunal-Darlehne gegenüber standen. Die Tilgung der Anleihe erfolgt im Wege jährlich stattfindender Auslosungen zum Nennwert, die 1906 beginnen. Bis dahin ist die Anleihe unkündbar. Die Obligationen sind eingeteilt in Abschnitte zu 5000, 3000, 1000, 500, 200 und 100 M. und mit Zinsscheinen per 1. April und 1. Oktober versehen, deren Einlösung stets schon 14 Tage vor Fälligkeit bei sämtlichen Zahlstellen erfolgt. Der Zeichnungspreis ist auf 98 1/2 Proz. festgesetzt, während der Börsenkurs in den letzten Tagen 99 Proz. notierte. Es ist freigestellt, die Stücke in der Zeit vom 28. d. M. bis 31. Januar 1905 in beliebigen Beträgen abzuziehen.

### Letzte Nachrichten.

(Wolffs Telegraphisches Korrespondenzbureau.)

Bretten, 9. Dez. Eine erschütternde Kunde durchteilte heute die Stadt: Bürgermeister Friedrich Wirthum ist an einem Herzschlag plötzlich gestorben. In Wirthum verliert die Stadt Bretten ihr treu besorgtes, richtiges Oberhaupt, den tatkräftigen Förderer ihrer Interessen, die Nationalliberale Partei einen treuen, opferwilligen Anhänger.

Berlin, 9. Dez. Der Landesbahnbauamt befürwortete die Herabsetzung der Frachten für Kohlen und Roßs nach Gebieten der Sieg, Lahn und Dill.

Stolz in Rommen, 9. Dez. (Antizität.) Bei der heutigen Landtagswahl im Wahlkreis Köslin I wurden insgesamt 490 Stimmen abgegeben. Michaelis, Rittergutsbesitzer auf Quakow (kons.) erhielt 258, Krolow, Rittergutsbesitzer auf Rumbste (kons.) erhielt 232 Stimmen. Erstere ist somit gewählt.

Wien, 9. Dez. Heute mittag veranstalteten etwa 800 deutsche Studenten in der Vorhalle der Universität eine Kundgebung gegen den Rektor wegen dessen ablehnender Haltung gegenüber den Forderungen des deutschen Hochschulausschusses, indem sie Abzugsrufe und Minirufe gegen den Rektor ausstießen. Die Studenten besetzten die Korridore und wollten in die Rektoratskanzlei eindringen, hieran wurden sie aber von den Bedienen gehindert. Nach etwa einer halben Stunde verließen die Studenten unter Anführung von Kieber die Universität. In der Vorhalle wurden Unfriedensstafeln mit Anschlägen in nichtdeutscher Sprache herabgerissen und getrümmert.

Wien, 10. Dez. Der Hochschulkorrespondenz zufolge beschloß der akademische Senat in seiner getrigen Sitzung die Schließung der Universität.

Rom, 10. Dez. In Florenz fanden gestern anti-klerikale Tumulte statt. Die Demonstranten mißhandelten Semaristen und warfen Kirchenfenster ein.

Paris, 9. Dez. Die heute vormittag vorgenommene Obduktion der Leiche Syvetons ergab Vergiftung durch Kohlenoxydgas.



Samstag den 10. cr. bis Mittwoch den 14. cr. kommen

# Grosse Posten Damen-Wäsche und Damenkonfektion

zu ausserordentlich billigen Preisen zum Verkauf.

Sämtliche Artikel sind speziell für das Weihnachtsgeschäft aufs vorteilhafteste eingekauft und enorm billig.

## Gute Stoffe! Damen-Wäsche. Solide Verarbeitung!

Damen-Taghemd, Hemden- ruch mit Spitze 75	Damen-Taghemd, la. Hens- jocem. à jour Passen. Spitze auffallend billig 1/2 Dutzend 10.-	Damen-Beinkleid mit Stoffvolant und Spitze 78	Damen-Beinkleid, geraucht, Grosche m. Säumchen u. Spitze 155	Damen-Nachthemd, gutes Dementing mit Halsen und Spitze 255	Damen-Nachthemd, geraucht, Grosche mit Spitze 120
Damen-Taghemd, Schulter- schlitz mit Spitze 98	Damen-Taghemd mit reicher Stidereleganz 210	Damen-Beinkleid mit Stiderei 95	Damen-Beinkleid, geraucht, Grosche m. Stiderei-Gin u. Anlas 195	Damen-Nachthemd m. eleg. Stiderei u. Bördchenbelag 335	Damen-Nachthemd, geraucht, Piqué mit Stiderei 165
Damen-Taghemd mit Stiderei 125	Damen-Taghemd mit Säumchen und Spitzen- garnitur 235	Damen-Beinkleid mit reicher Stiderei-Volant 135	Damen-Beinkleid, la. geraucht, Grosche m. schönem Handbogen eleg. Wäsche-Garnituren bestehend: aus Taghemd in aparter Ausführung. Beinkleid 775 685 545 465	Damen-Nachthemd m. eleg. Stiderei und Säumchen 395	Damen-Nachthemd m. eleg. Kragen, Säumchen u. Spitze 215
Damen-Taghemd mit hand- geftidter Pafse und Spitzen- belag 165	Damen-Taghemd mit hand- geftidter Madetrappasse und Handbogen 275	Damen-Beinkleid mit Madapolam - Stiderei 185	Einhandkörbe in Pique u. geraucht Grosche mit Bogen, Spitze oder Stiderei 245	Damen-Nachthemd m. à jour Koller u. breiter Stiderei 485	Damen-Nachthemd m. eleg. Kragen, breiter Stiderei u. Säumchen 295
Damen-Taghemd mit hand- geftidter Pafse u. Stiderei- belag 2.-	Damen-Taghemden in reicher, hochaparter Aus- führung Stück 3.45, 2.95. 235	Damen-Beinkleid, Rieform mit Handdurchzug und Spitzenvolant 245	Damen-Beinkleid, geraucht Grosche mit Schurkbogen 125	Damen-Nachthemd in hoch- eleganter Verarbeitung la. Stoff. 545	Damen-Nachthemden in eleganter Verarbeitung 385 340 295

**Taschentücher** weisse Linontücher, gefäumt 1/2 Dtz. 1.35, 99, 68  
 in unerreicht grossen Sortimenten, enorm billig! weisse la. Leinen- u. Halbleinentücher gefäumt, 1/2 Dtz. 3.45 2.70 2.15 1.70 1.45  
 Gestickte Buchstaben-tücher mit breitem Steppsaum 1/4 Dtz. 1.25  
 Reinleinen Batist-Hohlsaumtücher, enorm billig! 1/2 Dtz. 1.45  
 Batisttücher mit modernen farbigen Bordüren 1/2 Dtz. 1.35, 78, 3  
 Seidene Serrentaschentücher in feinsten Ausführung! Handgeftidte u. Spitzen-tücher in enormer Auswahl!

## Grosse Posten farbige Anstandsrocke

in uni kariert u. gestreift, Molton u. Eiderflanell Serie I 1.25 II 1.65 III 2.20

## Neu eingetroffen! Grosse Posten Damen-Konfektion.

**= Weit unter Preis! =**

<b>3 Serien schwarze Damen-Saccos</b> nur neueste Façons! Serie I 4.50 II 7.50 III 10.50	<b>3 Serien extrabiligge Blusen</b> I Neueste Wolstoffbluse moderne Abfärbung, ganz gefüttert Wert bis 8.- jetzt 3.75 II Prima Velour-Bluse ganz in Säumchen gearbeitet, hübsche Farben Wert bis 4.25 jetzt 2.50 III Halbflanell-Bluse nette Verarbeitung jetzt 1.25
<b>2 Grosse Posten Covertcoat-Paletots</b> Prima Qualitäten Beste Verarbeitung Serie I regulärer Wert 24.- jetzt 12.- II regulärer Wert 35.- jetzt 15.-	<b>2 Grosse Posten Unterröcke</b> Serie I Prima Halbtauch mit garniertem breitem Volant, alle Farben 3.75 Serie II Reinwollene Tuchunterröcke la. Qualität, regulärer Wert bis 10.- jetzt 5.50 Zum Aussehen!
<b>1 Posten Astrachan-Jacken und Bolero</b> Gute Qualitäten! Neueste Machart! Regulärer Wert 35.- jetzt 22.-	<b>Theater-Mäntel, extra lang</b> regulärer Wert . . . jetzt 12.-
<b>Golfkragen</b> extra lang neueste Façons 12.- 10.50 6.75 4.25	

# GESCHWISTER KNOPF.

## Todes-Anzeige.

Wir geben hierdurch die schmerzliche Nachricht, dass letzte Nacht 2 Uhr unerwartet rasch, infolge eines Herzschlags im Alter von 53 Jahren

Herr Bürgermeister  
**Friedrich Withum,**  
 Inh. des Ritterkreuzes II. Kl. mit Eichenlaub des Ordens vom Zähringer Löwen,  
 Mitglied des Kreis-Ausschusses Karlsruhe

verschieden ist. 5248  
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 11. Dezember, vor-  
 mittags 11 Uhr statt.  
 Bretten, den 9. Dezember 1904.

Namens des Gemeinderats:  
**Koch.**

Gegründet 1832. Gegründet 1832.

# W. GASTEL

Nachf. W. Gastel jr.  
 Grossh. Hoflieferant  
 Telefon 1567.

## Grosser Möbel-Verkauf.

Wegen bevorstehendem Neubau meiner Geschäftsräume setze ich mein grosses, reichhaltiges Lager von zirka  
**60 Zimmer-Einrichtungen**  
 nebst vielen einzelnen Holz- und Polstermöbeln in nur prima Qualität und moderner, gediegener Ausführung einem Verkauf zu bedeutend reduzierten Preisen aus. 5247

Der Verkauf findet nur im Hauptgeschäft Ritterstr. 8 statt.

## L. Müllers Schirmfabrik

K. Appenzeller Nachfolger  
 gegr. 1852 Inh. Paul Rowinski Wwe. gegr. 1852  
 Herrenstr. 20 Spezialgeschäft Herrenstr. 20  
 für Schirme, Handschuhe, Krawatten.  
 Gewähre auf 5161  
**10% Krawatten 10%**  
 auf  
**15% Krawattenadeln, Chemisett- und Manschettenknöpfe 15%**  
 Fein aparte Neuheiten.

1/2 Dtz. Herrenhemden,  
 Madapolam, Einfäse mit und ohne Knopflöcher, versendet in allen Weiten franko zu M. 18, M. 21, M. 24 u. M. 27.  
**Gustav Oberst,**  
 Aussteuer- u. Wäsche-fabrikation,  
 KARLSRUHE. 5103

## Kein Asthma mehr

augenblickl. - behoben.  
 Belohnungen: Hundert-tausend Frs. Silberne u. goldene Medaillen u. hors concours. - Ausk. gratis u. franko. Man schreibe an Dr. Cléry, 53, Boulevard St. Martin, Paris.

## Schaukelpferde zu Fabrikpreisen,

auch 2 Jahren verstellb., 75 cm hoch, mit Federstuhl, abknallf. Sattel und Stielg., eh. Räder und Nädern, egl. Mähne und Schweif, eleg. und dauerh., zu M. 6.50 ab Bahn hier um. Nachm. oder Voreinsendung. 4893  
**A. O. Sünderhauß,** Holzpferdefabrik, Rautentrans i. S.

## Karlsruher Puppen Klinik

Die erste und die beste  
**H. Bieler, Kaiserstr. 223**  
 zwischen Hauptpost und Kaiserdenkmal 5053  
 heilt alle kranken u. verwundeten Puppen rasch und billig in eigener Werkstätte.  
 Allergrösste Auswahl in sämtlichen Erfahrtellen, echten Haar- u. Angora-Perrücken, Schuhen, Strümpfen, Kleidern, Wäsche, Hüten etc.  
**Unzerbrechliche Puppen und Köpfe.**

## Umhänge

und Capes reinigt und färbt in kürzester Zeit die 2943  
**Färberei Ed. Prinz, Akt.-Ges.**

## Kiel Matrosen-Knaben-Anzüge

nach Vorschrift der Kaiserl. Marine. Proben und Kataloge zu Diensten. Neu aufgenommen: 9807  
**Mädchen-Matrosen-Kleider.**  
**CHRISTIAN VOSS, K. EL.** Preis. gratis.  
 Liebhaber u. Albums. gratis.  
 Ed. Friedländer, Berlin, Karlstr. 7n. 15286  
 Verantwortlich für den Anzeigenteil: **Georg Bix** in Karlsruhe.